

## Einwanderung als Chance für unser Land – Verantwortung für Flüchtlinge in Deutschland

Einwanderung als Chance für unser Land

Für uns Freie Demokraten **kommt es nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern wohin jemand mit uns will**. Deutschland ist seit langem Einwanderungsland. Schon früher haben Einwanderer **unsere Gesellschaft bereichert** und zu unser aller Wohlstand beigetragen, z.B. im „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute liegt die Gründungsquote bei Menschen mit ausländischer Herkunft über dem Durchschnitt und neue Einwanderer sind in der Regel deutlich besser qualifiziert als Einheimische. In Zukunft sind wir noch stärker als bisher auf Neuankömmlinge angewiesen. Wir Freien Demokraten sind überzeugt: **Wir brauchen mehr qualifizierte Einwanderung**.

Denn unsere **alternde, schrumpfende Gesellschaft und der Wandel am Arbeitsmarkt** führen zu einem wachsenden Fachkräftebedarf, der sich mit dem inländischen Potenzial allein nicht decken lässt. Ohne eine Nettoeinwanderung von über 200.000 Personen im Jahr wird die Zahl der Erwerbstätigen bereits in wenigen Jahren erheblich sinken. Der Wohlstand in Deutschland hängt damit von qualifizierter Einwanderung ab. Denn wenn Fachkräfte fehlen, kostet das weitere Arbeitsplätze – weil Unternehmen auf dem Weltmarkt zurückfallen oder Standorte verlagern müssen. Auch die künftige Stabilität der Sozialsysteme – gerade der Rente – hängt von der Einwanderung ab. Mehr qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland eröffnen zudem Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze, weil sie die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft insgesamt steigern. **Weltoffenheit und Einwanderung sind somit im besten nationalen Interesse**. Richtig organisiert und unter internationalen Regeln nützt Migration auch den Herkunftsstaaten.

Derzeit ist Deutschland nach den USA das weltweit beliebteste Ziel für Einwanderer. Mit Blick auf die Demografie dürfen wir uns hierauf aber nicht ausruhen. Im Schnitt der letzten Jahre sind wir weit unter den erforderlichen Einwanderungszahlen geblieben. Zudem liegen die **Quellen des aktuellen Migrationsbooms größtenteils in Europa**. Die südeuropäischen Arbeitsmärkte werden aber nicht ewig kriseln und Europa ist insgesamt ein alternder Kontinent. Daher müssen wir endlich den **klugen Köpfen aus aller Welt den roten Teppich ausrollen. Es gilt, offen für Talente zu sein und aktiv um sie zu werben**. Wir müssen den Blick deshalb neben der binneneuropäischen Migration im Rahmen der EU-Freizügigkeit vor allem auf die **Regeln für Einwanderung von außerhalb der EU** richten.

Millionen Menschen in unserem Land haben schon heute ausländische Wurzeln. Zusammen mit den Einheimischen ohne Migrationsgeschichte bilden sie unsere **offene Gesellschaft**. In ihr sind **gemeinsame Regeln, gegenseitiger Respekt und Bereitschaft zu Teilhabe** unabdingbar für das Miteinander. Voraussetzung für Integration ist der Wille, die deutsche Sprache zu erlernen, und die vorbehaltlose Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit ihren republikanischen Werten. Die offene Gesellschaft ist auf dieser Grundlage jedoch nicht statisch, sondern dynamisch und divers. Sie wandelt sich – durch Einwanderung genauso wie unabhängig davon. Wir Liberale sehen in Veränderungen grundsätzlich zuerst die Chancen.

Um Menschen zur **Integration** zu befähigen ist in den letzten Jahren – auch unter liberaler Mitwirkung – der richtige Rahmen gesetzt worden, z.B. durch teils verpflichtende Sprachförderung und Integrationskurse. So wurden zum Teil jahrzehntelange Versäumnisse korrigiert – weil sich erst spät die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Deshalb ist die nachholende Integration eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft. Wir dürfen nicht blind dafür sein, dass viele bereits lange in unserem Land lebende Menschen immer noch Defizite haben. Sie müssen wir insbesondere durch **bildungs- und arbeitsmarktpolitische Instrumente** viel stärker einbinden.

In der Tradition Liselotte Funckes wenden wir Freien Demokraten uns **gegen Ressentiments, Pauschalurteile und die politische Instrumentalisierung von Ängsten**. Einwanderungs- und Integrationsdebatten müssen fundiert, differenziert und lösungsorientiert geführt werden. Auf der Weltbühne steht dabei immer auch **Deutschlands generelle Offenheit für Einwanderer** zur Diskussion. Wir wissen aus Erfahrung, dass sich auch Hochqualifizierte von Debatten abschrecken lassen, wie sie z.B. der ehemalige Berliner SPD-Senator Thilo Sarrazin ausgelöst hat. Toleranz, Offenheit, eine Kultur des Miteinanders – das sind für Freie Demokraten grundlegende Werte. In der modernen Welt sind sie zugleich unverzichtbare Standortfaktoren.

Folgende politische Maßnahmen sind **Eckpfeiler eines zeitgemäßen Einwanderungskonzeptes** und aus Sicht der Freien Demokraten vordringlich, um die Chancen der Einwanderung auch zukünftig für unser Land nutzen zu können:

- Die auf unser Betreiben begonnene **Liberalisierung des Einwanderungsrechts** und den Paradigmenwechsel der Blue-Card-Reform wollen wir fortsetzen und **in einem übersichtlichen Konzept vollenden**. Konkret heißt das,
  - das Jobseeker-Visum auf ein Jahr zu verlängern und **zu einem vollständigen und klaren Punktesystem nach kanadischem Vorbild weiterzuentwickeln**. Die Einwanderung soll nach Kriterien wie Bildungsgrad, Sprachkenntnis, Alter und Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt flexibel gesteuert werden. Dies gilt für den akademischen Bereich wie für die berufliche Ausbildung. Ein Punktesystem ist darüber hinaus eine weltweit eingeführte „Marke“ und sendet ein klares Signal der Offenheit an qualifizierte Einwanderer.
  - Daneben wollen wir die Blue-Card-**Gehaltsgrenzen** in allen Berufen unter Berücksichtigung jeweiliger Tarifverträge **auf ein realistisches Maß senken**.
  - Das deutsche Aufenthaltsrecht ist unübersichtlich und anwenderunfreundlich: **alle einschlägigen Gesetze sollten in einem Einwanderungsgesetzbuch** zusammengefasst werden
- Die Einwanderungsmöglichkeiten für qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland sind weltweit noch viel zu wenig bekannt. Die Werbung hierfür – etwa im Rahmen der Initiative „Make it in Germany“ – ist zu intensivieren. Wir brauchen eine **konkrete und kohärente Anwerbestrategie**.
- Darüber hinaus wollen wir die offiziellen **Beratungsmöglichkeiten** zu allen Aspekten der Lebensentscheidung „Migration“ für Einwanderungsinteressenten kundenorientiert ausbauen und im Sinne einer Lotsenfunktion möglichst aus einer Hand gestalten. Dies wäre ein **Wettbewerbsfaktor für den Einwanderungsstandort** Deutschland. Gerade Ausländerbehörden und Visa-Stellen der Botschaften sind zudem gefordert, sich überall als Aushängeschilder für die Gewinnung kluger Köpfe zu verstehen – statt als Abwehrbehörden.
- Dass ausländische Abschlüsse **schnell anerkannt werden und bundesweit vergleichbar sind**, ist besonders wichtig. Trotzdem ist dies aktuell eine der höchsten Hürden im Einwanderungsprozess. Zwar hat das Anerkennungsgesetz aus liberaler Regierungszeit bezüglich der verkammerten Berufe einiges vorangebracht; bei anderen Berufsbildern und Akademikern ausländischer Universitäten gibt es aber noch viele Probleme. Hier wollen wir mehr Bewegung und bundesweite Bildungsstandards. Auch ein Rechtsanspruch auf Beratung im Anerkennungsprozess ist notwendig.
- Sprache ist der Schlüssel für eine gelungene Integration. Die **Deutschförderung** für Fachkräfte und ihre Familien wollen wir deshalb ausbauen und die Mittel für Integrationskurse weiter erhöhen. Zudem soll **Englisch zur ergänzenden Verkehrs- und Arbeitssprache** der öffentlichen Verwaltung werden – zumindest in den für Einwanderung relevanten Bereichen. Das beseitigt Hürden am Anfang des Prozesses.
- Mit frühen Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten wollen wir die Verankerung in der Gesellschaft stärken. Dazu zählen das Angebot einer **beschleunigten Einbürgerung nach nur vier Jahren** bei entsprechenden Voraussetzungen und **die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft**.
- Ehrenamtliche Organisationen, Vereine und gerade auch der **öffentliche Dienst** sollen Abbilder der Gesellschaft sein. Für letzteren wollen wir **gezielt fachlich geeignetes Personal mit ausländischen Wurzeln gewinnen**. Diese Menschen sind Aushängeschilder für Deutschland und zeigen mit ihrer Tätigkeit bei Polizei, in Kitas oder Schulen auch, dass sie sich mit unserem Staat und den Werten unserer Gesellschaft identifizieren. Sie besitzen nicht nur interkulturelle Kompetenz, sie verkörpern sie auch. Als Vorbilder können sie gerade Kinder und Jugendliche positiv prägen.
- Bildungschancen unabhängig von der Herkunft sind aus liberaler Sicht ein zentrales Versprechen, erst recht in einer offenen und vielfältigen Gesellschaft. Sprache stellt hier einen Schlüssel dar. Da-

her müssen **Sprachstandtests für jedes Kind** und – nach Feststellung entsprechenden Bedarfs – verpflichtende Sprachförderung rechtzeitig vor der Einschulung überall sicherstellen, dass Kinder sich von Anfang an entwickeln können. Die kombinierte Sprachförderung von Eltern und Kindern ist ein wichtiges ergänzendes Angebot der begleitenden und nachholenden Integration.

#### Verantwortung für Flüchtlinge in Deutschland

Aktive Einwanderungspolitik ist heute ein Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Der Zuzug von qualifizierten Fachkräften ist unerlässlich für die Stabilisierung unserer Sozialversicherungssysteme. Doch jährlich erreichen Deutschland und Europa auch Tausende Menschen auf der Flucht vor Unrecht und Gewalt. Die Themen werden in der öffentlichen Debatte oft vermischt, Gründe und Maßstäbe müssen jedoch ganz andere sein – denn: **mehr als 56 Millionen Menschen sind heute weltweit auf der Flucht vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung – so viele wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg.** Auch wenn die Zahlen der erste Hälfte der 90er Jahr bei weitem noch nicht erreicht werden, gab es bereits 2013 bundesweit so viele Asylanträge wie seit 1996 nicht mehr. Für das Jahr 2014 erwartet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine noch höhere Zahl.

Wir Freien Demokraten stehen zu unserer **humanitären sowie moralischen Verpflichtung, diesen aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen bei uns eine menschenwürdige Zuflucht zu garantieren.** Manchmal wird in der öffentlichen Debatte das Menschenrecht auf Asyl als „offenes Tor für irreguläre Zuwanderung“ verunglimpft. Die Realität sieht anders aus: Mit der Zahl der Asylbewerber steigt auch die Quote der anerkannten Anträge. Der Anstieg der Bewerberzahlen ist also auch auf größere Not, Bürgerkrieg und politische Verfolgung in den Herkunftsländern zurückzuführen.

Für Politik und Verwaltung, soziale Einrichtungen, Kirchen und nicht zuletzt für die vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger **bedeutet das gleichwohl gewaltige Herausforderungen:** Das Aufnahmeverfahren muss trotz der stark gestiegenen Zahl zügig organisiert sowie die Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht und in die Gesellschaft eingegliedert werden. Die – zumeist jungen – Menschen die zu uns kommen, kommen unter Inkaufnahme von Gefahren für Leib und Leben mit der Hoffnung, hier in Frieden leben zu können. Viele bringen jedoch Traumata und teils auch Konflikte ihrer Heimat mit sich. Deutschland ist nicht der Platz diese auszutragen. **Wir verschließen nicht die Augen vor den Problemen und den Mühen die vor uns liegen;** aber wir wollen einen Rahmen, in dem sich Flüchtlinge bei uns gut aufgehoben fühlen und sich unserer Solidarität und Hilfe gewiss sein können.

**Bei der Bewältigung dieser Aufgabe sind vor allem die Kommunen gefordert und brauchen dringend ausreichende Unterstützung von Land und Bund.** Die Skandale um unzureichend ausgewähltes und kontrolliertes Sicherheitspersonal haben gezeigt, dass insbesondere die nordrhein-westfälische Landesregierung hier ihren Verpflichtungen nicht gerecht wird.

Folgende politische Maßnahmen sind aus liberaler Sicht vordringlich:

- **Land und Bund müssen die Kosten der Flüchtlingsunterbringung vollständig übernehmen.** Statt den aktuellen Pauschalen fordern wir eine Erstattung der realen finanziellen Aufwendungen, die die Kommunen im Rahmen der gesetzlichen Unterbringung leisten.
- **Menschenwürdige Unterkünfte sind eine humanitäre Notwendigkeit.** Daher sind klare Standards für die Unterbringung in den Aufnahmegesetzen aller Länder zu verankern und deren Einhaltung durch die Landesregierungen sicherzustellen. Für Übergangslösungen müssen auch ungewöhnliche Möglichkeiten wie leerstehende Polizeikasernen unbürokratisch geprüft werden. Im Interesse eines friedlichen Miteinanders zwischen Flüchtlingen und Anwohnern vor Ort, ist es notwendig, dass die **Bürgerinnen und Bürger** über geplante Flüchtlingsunterkünfte offen, transparent und **rechtzeitig informiert werden.**
- Zum Schutz der Flüchtlinge in den Unterkünften einerseits sowie im Interesse eines harmonischen Zusammenlebens der Flüchtlinge untereinander sowie mit den Anwohnern vor Ort sollte eine **Betreuung** durch Sozialarbeiter, Hausmeister und Sicherheitskräfte erfolgen. Auch die **Gesundheits-**

**versorgung** muss von Anfang an sichergestellt werden. Da viele Flüchtlinge traumatische Erfahrungen hinter sich haben, müssen auch ausreichende Ressourcen für psychotherapeutische und psychologische Maßnahmen vorgesehen werden.

- Auf europäischer Ebene ist das **Dublin-Verfahren** so zu **reformieren**, dass die Zuweisung nach dem Einreiseland aufgegeben wird zugunsten einer fairen Verteilung auf die EU-Länder ähnlich dem Königsteiner Schlüssel. Dabei darf kein Land überfordert werden. Zudem ist der Wille des jeweiligen Asylbewerbers zu berücksichtigen und gegebenenfalls mit Ausgleichzahlungen zu operieren. Falls ein Asylbewerber in einem europäischen Staat rechtskräftig und letztinstanzlich ablehnt wurde, soll dies in allen Ländern der EU gelten und in eine entsprechende Datenbank aufgenommen werden.
- Seitens der **EU** sind **Beratungsstellen in den wichtigsten Transitländern** für Asylbewerber und sonstige Flüchtlinge einzurichten, in denen die Menschen realistisch über die Regeln, Möglichkeiten und Grenzen des Asylrechts und der Arbeitsmarktzuwanderung beraten werden können, bevor sie sich beispielsweise unter Lebensgefahr Schleuserbanden anschließen.
- Eine Behandlung des Flüchtlingsthemas muss Stückwerk bleiben, wenn nicht auch eine **außen- und entwicklungspolitische Dimension** verfolgt wird. Ebenso wichtig ist es, die Flutursachen zu bekämpfen. Dazu bedarf es eines eng vernetzten Einsatzes humanitärer, diplomatischer, entwicklungspolitischer und wirtschaftlicher Instrumente sowie – als Ultima Ratio – ggf. auch die Anwendung militärischer Mittel auf Grundlage eines UNO-Mandates. Die politischen, menschenrechtlichen und auch ökonomischen Ursachen, die Menschen dazu bringen beispielsweise bei einer Überquerung des Mittelmeeres ihr Leben zu riskieren, müssen angegangen werden. Hier muss Europa mehr außenpolitische Verantwortung übernehmen, bei der Behandlung akuter Krisen und Herausforderungen ebenso wie durch den Verzicht auf Subventionen zu Lasten des Nachbarkontinents Afrika und eine konsequente Entwicklungs- und Freihandelspolitik. Zudem ist eine veränderte Politik gegenüber den Staaten des Balkans notwendig. Es ist nicht hinnehmbar, dass in Ländern, die eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben, ethnische Minderheiten diskriminiert werden.
- Wir brauchen eine **Beschleunigung der Verfahren**, insbesondere für Antragsteller aus sicheren Herkunftsländern. Hierfür müssen **deutlich mehr Entscheider im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingestellt werden** und die Anträge aus diesen Herkunftsländern prioritär bearbeitet werden. Bewerber aus sicheren Herkunftstaaten sollten bis zum Abschluss ihres Verfahrens in Landeseinrichtungen verbleiben und nicht auf die Kommunen verteilt werden. Umgekehrt sollte bei Bewerbern aus Kriegsgebieten wie Syrien und dem Irak, deren Bleiberecht offensichtlich ist, durch Anerkennung ganzer Gruppen die Verfahren beschleunigt und eine schnellere Integration vor Ort ermöglicht werden. **Jeder Asylbewerber sollte binnen drei Monaten einen Erstentscheid zu seinem Verfahren erhalten.** Personen, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde und bei denen kein sonstiges Abschiebehemmnis vorliegt, müssen Deutschland zeitnah wieder verlassen. Dies entspricht dem Gedanken, die vorhandenen Ressourcen auf die Flüchtlinge zu konzentrieren, deren Asylverfahren positiv beschieden wurde oder deren Verfahren noch läuft.
- Die bestehende **Zuweisung nach § 15a Aufenthaltsgesetz** ist **neu zu regeln**. Ziel muss sein, dass auch alle unerlaubt eingereisten Personen, die sich länger in einer Kommune aufhalten, auf die Zuweisungsquote angerechnet werden. Klar ist, dass ein unerlaubter Aufenthalt ebenfalls zeitnah beendet werden muss, sofern nicht zwingende Gründe dagegen stehen.
- Wer sich hier legal aufhält, sollte am Arbeits- und Sozialleben teilhaben können. **Das Arbeitsverbot für Asylbewerber gehört daher abgeschafft.** Die bestehenden Pilotprojekte der Arbeitsmarktintegration sind bei Erfolg auszuweiten. Aus liberaler Sicht ist klar: Wenn Menschen ihren Unterhalt selber erwirtschaften können, sollten sie nicht zum Bezug staatlicher Leistungen gezwungen werden. Das gebietet Menschenbild, Vernunft und der Solidaritätsgedanke unserer Sozialsysteme.
- **Wer am deutschen Arbeitsmarkt gebraucht wird und gut integriert ist, sollte hier bleiben können.** Für gut qualifizierte Asylbewerber wollen wir daher unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens **die Möglichkeit schaffen, eine Aufenthaltserlaubnis nach den Regeln der Fachkräften-**

**Einwanderung zu beantragen**, sofern sie nicht illegal eingereist sind. Der Erwerb von arbeitsmarkt-relevanten Qualifikationen soll gefördert werden.

- Die Integration von Menschen die potenziell länger in Deutschland sind, ist zu fördern. Das Angebot der Integrations- und Deutschkurse sollte auch auf Geduldete und Asylbewerber ausgeweitet werden“ zu ersetzen durch: „Das Angebot der Integrationskurse sollte auch auf Geduldete und Asylbewerber ausgeweitet werden. Durch eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes muss ihnen zudem baldmöglichst ein Rechtsanspruch auf Deutschkurse zugesprochen werden. Im Sinne des Konnexitätsprinzips hat der Bund als für die Asylpolitik zuständige Ebene den Kommunen die entstehenden Kosten zu erstatten Fast die Hälfte aller Flüchtlinge sind begleitete und unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche. Um auch dem Kindeswohl für junge Flüchtlinge stärkere Beachtung zu verschaffen und zugunsten der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge Veränderungen in die Wege zu leiten, verlangt das **besondere Anstrengung bei Betreuung und Bildung**. Dies umfasst die Bereitstellung von ausreichenden Plätzen in Kindertagesstätten und Schulen, Lehrkräfte sowie gezielte Angebote zur Sprachförderung oder von „schulanalogen Unterricht“.
- Den Status von Menschen, die schon jahrelang in Deutschland sind und aller Voraussicht nach auch bleiben werden, sollten wir legalisieren. Wir brauchen eine **stichtagsunabhängige Lösung** für tausende Betroffene, deren **Duldung** absehbar nicht aufgehoben werden wird.
- für unbegleiteter minderjährige Flüchtlinge (UMF) muss unter Beachtung der UN-Kinderrechtskonvention die gegenwärtige Rechtslage in Deutschland überarbeitet und die Rechtsstellung dieses Personenkreises entsprechend angepasst werden. Bei allen die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betreffenden Entscheidungen muss in jedem Fall das Kindeswohl ("the best interests of the child") als Maßstab dienen. In Deutschland richtet sich die gegenwärtige Zuständigkeit zudem nach dem Ort der Ankunft in Deutschland, wodurch einzelne Kommunen extrem belastet werden. Diesbezügliche Regelungen sind ebenso wie die Kriterien und die Mindestanforderungen für kommunale Aufnahmestrukturen bundeseinheitlich zu regeln.